

Pinochet und der Präzedenzfall

Die Immunität des Ex-Diktators dient nicht der Gerechtigkeit, sondern dem Rechtsfrieden

Von Josef Joffe

Die Fakten sprechen für sich. Nachzulesen sind sie in einem jüngst freigegebenen Geheimpapier des US-Außenministeriums. Allein in den ersten drei Wochen nach dem Putsch des Augusto Pinochet wurden 13 500 Chilenen verhaftet und 320 exekutiert. In den nächsten 17 Jahren, so lange dauerte die Diktatur, wurden etwa 3200 Regimegegner umgebracht. Eine besondere „Spezialität“ der Pinochet-Schergen: Die Leute wurden aus Hubschraubern ins Meer abgeworfen, aber nicht, bevor man ihnen die Bäuche aufschlitzte, damit sie sofort sanken.

Über die Gemeinheit des Regimes kann es keine Debatte geben, wohl aber darüber, ob es richtig und Rechtens war, den Ex-Diktator mit dem immunitätsgewährenden Diplomatenpaß in London zu verhaften. Der *High Court* (etwa: die erste Instanz) sagt „nein“, läßt aber Berufung zu. Nun muß das House of Lords als allerhöchstes Gericht endgültig über die Auslieferung an Spanien entscheiden.

Die Begründung der Erstinstanz ist: Das Prinzip der diplomatischen Immuni-

tät muß für alle gelten. Chile habe dem Ex-Diktator Diplomatenstatus gewährt, und diese souveräne Entscheidung dürfe kein anderer Staat antasten. Die Lords werden dieses Urteil wohl bestätigen. Denn: Die Auslieferung schüfe einen Präzedenzfall, der direkt in des Teufels Küche führt.

Der Präzedenzfall würde ein 500 Jahre altes Prinzip brechen, das besagt: Emissäre, Botschafter und fremde Staatsmänner genießen freies Geleit. Das war nicht immer so: Noch zu Renaissance-Zeiten pflegte man die Herrschaften als Geiseln zu nehmen oder gar zu meucheln. Heute einen Schurken wie Pinochet, morgen wen? Wie wäre es mit Boris Jelzin, dem teuren Freund des Westens, an dessen Händen das Blut von 30 000 Tschetschenen klebt? Oder gar mit Königin Elisabeth, die man beim Besuch in Argentinien verhaften könnte – auf Antrag von Eltern, deren Söhne im eigenen Land, den „Malvinas“, von britischen Soldaten getötet wurden.

Nicht ganz so absurd: Ein Repräsentant des faschistischen Franco-Regimes

kommt zur medizinischen Behandlung nach England (wie Pinochet) und wird dort prompt wegen damaliger Kapitalverbrechen vor Gericht gestellt. Die Spanier, die nun die Auslieferung Pinochets fordern, wären wohl kaum beglückt.

Der Punkt ist nicht die Gemeinheit des Pinochet, sondern das Rechtsgut des freien Verkehrs, der den Umgang der Staaten überhaupt ermöglicht. Zweitens: der *innere* Frieden. Viele Länder mit blutiger Vergangenheit mußten wie Chile schmutzige Kompromisse eingehen, um ihre Despoten loszuwerden oder um ein neues Kapitel in ihrer Geschichte beginnen zu können. So wurde Pinochets Abgang durch eine neue Verfassung erleichtert, die dem Mann die Straffreiheit gewährte. Das ist nicht gerecht, aber es kann wie in Südafrika oder Spanien der Zukunft den Giftzahn ziehen.

Nur wenige Staaten müssen nicht mit den Gespenstern der Vergangenheit leben. Soll ein fremdes Gericht sie wecken? Der *High Court* sagte „nein“; die Lords werden sich diese Verantwortung auch nicht aufhalsen wollen.